

**Bedingungen und
Organisation des
Widerstandes. Der
Kongreß in Hannover
12**

VoltaireFlugschrift



Niederlage oder Erfolg der Protestaktion

Erklärung des SDS

Die Ereignisse in Berlin haben zugleich Macht und Ohnmacht der oppositionellen Studentenbewegung in der Bundesrepublik und Westberlin demonstriert. Sie haben die Ohnmacht der Studenten gezeigt, wenn diesen die organisierte Gewalt des Systems gegenübertritt. Die politische Kraft der Studenten entstand und festigte sich erst in der Formulierung des Protestes gegen das aggressive Vorgehen der Berliner Behörden.

Der Protest muß jedoch so lange erfolglos bleiben, als es den politisch engagierten Studenten nicht gelingt, in der Reflexion der Bedingungen ihrer Niederlagen mit ihrer Kritik über den Hochschulbereich hinauszudeuten.

Diesem Zweck soll der vorliegende Diskussionsbeitrag des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes dienen.

I. Die Auseinandersetzungen zwischen den Studenten einerseits und der Universitäts- und Stadtbürokratie Westberlins andererseits, sind das Ergebnis der Verschärfung der strukturellen Krise der Universität, der Verfestigung autoritärer politischer Machtpositionen in der BRD und Westberlin und internationaler Erschütterungen.

Die Universitäten werden immer mehr zu Betrieben, die eine möglichst große Zahl wissenschaftlicher Funktionäre für die höhere Technokratie der spätkapitalistischen Leistungsgesellschaft auszustoßen haben. Dabei werden die Studien reduziert auf das bloße Ansammeln von Fakten.

Den Studenten wird jede Möglichkeit genommen, auf die Organisation ihres Arbeitsprozesses an der Hochschule Einfluß zu nehmen.

Die Vertretung der Studenten in den verschiedenen Gremien der Freien Universität, die als Modell einer demokratischen Universität verstanden wurde, macht den Studenten in jedem Konfliktfall ihre Ohnmacht erneut und besonders deutlich. Diese Machtlosigkeit der Studenten wird um so größer, je mehr sich die Universität an die von der Gesellschaft geforderten Leistungsprinzipien anpaßt, ohne daß die Interessen der Studenten dabei berücksichtigt würden:

Der Druck, dem die Universität von der Gesellschaft ausgesetzt ist, lastet einseitig auf ihrem schwächsten Teil — den Studenten. Diese Situation bildet die materielle Basis für die Unruhe der Studenten.

In der intellektuellen Ausbildung der Studenten, in ihrer Arbeitsweise und in ihrer Orientierung auf die formalen Prinzipien der politischen Demokratie und der Humanität liegen die ideellen Voraussetzungen dafür, daß ein beachtlicher Teil der Studenten permanent in Opposition gerät zu Erscheinungen wie dem Krieg der USA in Vietnam, dem Konflikt in Nahost, den Notstandsgesetzen in der BRD, der Unterstützung faschistischer Systeme durch die BRD etc. Ihr politisches Engagement bringt die Studenten in dem Maße in radikalen Widerspruch zur herrschenden Gesellschaftsordnung, in dem in dieser die Stimme der Kritik schwächer wird. Damit werden sie politisch und psychologisch zum

Objekt von Aggressionen breiter Bevölkerungsgruppen. Dies wird dadurch noch erleichtert, daß Studenten wegen der äußeren Form des Studiums und ihrer späteren Stellung ohnehin als Privilegierte gelten, zumal intellektuelle Leistung und Ausbildung traditionell nicht als Arbeit verstanden werden.

Dieser latente sozialpsychologische Konflikt zwischen Bevölkerung und Studenten wurde durch die besonderen politischen Verhältnisse in Berlin verschärft und aktualisiert. Das in der Phase des Kalten Krieges angesammelte Aggressionspotential ist dort ganz besonders groß.

Die Ideologie der Frontstadt — ständig verfestigt durch die Springer-Presse, die in Westberlin nahezu den gesamten Zeitungsmarkt beherrscht — widerspricht mehr noch als die Ideologie der BRD allen außenpolitischen Realitäten.

Brutal haben sich in Berlin nicht nur die Polizisten, aggressiv nicht nur jene Bürger verhalten, die verletzten Demonstranten jede Hilfeleistung verweigerten. Brutal und unmenschlich haben sich auch die verantwortlichen Politiker und Amtsträger verhalten, die am Schreibtisch noch einmal das Exempel vollzogen, das ihre Exekutivorgane gegen die oppositionellen Studenten statuierten, nachdem sie und ihre Presse schon jahrelang die wachsende Studentenopposition bekämpft und ihre Bewegungsfreiheit mit allen Mitteln beschränkt hatte. In Berlin ist tausendfach der Ruf erschollen: wenn die Studenten nicht ruhig sein wollen, dann werft sie über die Mauer. Sie sind zu den »Juden« des Antikommunismus gemacht worden.

II. Der auf die Studenten ausgeübte polizeiliche und psychologische Druck droht allen sozialen und politischen Gruppen, die sich nicht widerspruchslos den Leistungsansprüchen und politischen Zwängen des kapitalistischen Systems fügen.

Das postfaschistische System in der BRD ist zu einem präfaschistischen geworden. Es ist gekennzeichnet von autoritären, als im allgemeinen Interesse liegend, mit dem Gemeinwohl gleichgesetzten Leistungsansprüchen, von der Aushöhlung der Demokratie zu einer Fassade, unter der sich rigoros die ökonomische Herrschaft privater Interesse und ihrer politischen Exekutivorgane durchsetzt. In jedem demokratischen Land hätte das Aufgebot an Polizei, paramilitärischen Einheiten und Geheimdiensten, das hier für den Staatsbesuch eines Diktators bereitgestellt wurde, den organisierten Protest und entschiedene Gegenmaßnahmen einer parlamentarischen Opposition hervorgerufen. In der Bundesrepublik wird auch noch das Opfer schlagwütiger und aufgeputschter Polizisten zu einem Mittel, künftige Demonstrationen zu verhindern, die ohnmächtige Opposition auszuschalten.

Das Recht der freien Meinungsäußerung, die Freiheit der politischen Willensbildung nicht nur der Studenten ist in Gefahr. In Westberlin führen die Herrschenden seit Monaten vor, wie der innere Notstand erzeugt und bis zu Demonstrationsverbot und Ausnahmezustand getrieben werden kann.

Das Grundgesetz ist einst als Kompromiß zwischen den Interessen der Alliierten, den Resten der bürgerlichen Demokratie und der sozialistischen Kritik des Faschismus als einer Herrschaftsform des Kapitalismus entstanden. Inzwischen ist jedoch selbst diese Urkunde politischer Demokratie zur politischen Wirklichkeit dieses Landes in Widerspruch geraten. Diese Wirklichkeit reicht in Berlin vom Demonstrationsverbot bis zu politischen Schnellgerichten und zur Übertragung des Hausrechts einer Universität an die Polizei. Vor der Verfassungsänderung durch Notstandsartikel sollen diese Realitäten samt verfassungswidriger Notstandsgesetze und Schubladenverordnungen die Weihe grundgesetzlicher Legalität erhalten und weiter Vorsorge dieser Art getroffen werden. Was heute die Gehorsamsverweigerung der Studenten betrifft, kann sich morgen — ausgestattet mit Arbeitsdienstpflcht und Einschränkung des Streikrechts — gegen die Arbeitsniederlegung und andere Berufsgruppen und gegen ihre Organisationen richten. Die Vorfälle in Berlin sind ein Exempel, wie eine mit Notstandsgesetzen ausgerüstete Staatsgewalt, dann sogar völlig legal, der Verschärfung der politischen und sozialen Konflikte begegnen könnte.

III. Die Proteste der Studenten bleiben ohnmächtig, soweit es ihnen nicht gelingt, sich gesamtgesellschaftlich Rückhalt zu verschaffen und der kapitalistischen Oligarchie in Ökonomie, Öffentlichkeit und Staatsapparat selbst Machtpositionen streitig zu machen.

Die Forderung der Studenten nach Rücktritt bzw. Absetzung des Regierenden Bürgermeisters Albertz und seiner Gehilfen wird erfolglos bleiben. Sie wird weder im Westberliner Abgeordnetenhaus noch im Deutschen Bundestag erhoben. Auch in der Berliner Sozialdemokratie sind es lediglich Randgruppen, ohne stabile Basis innerhalb der Partei, die sich diese Forderung zu eigen machen. Und selbst wenn diese Forderung Erfolg hätte: die Struktur eines Systems, das derartige Gewalttaten hervorbringt, bliebe davon unberührt.

Schon in der Spiegel-Affäre hatte es sich gezeigt, daß erst der Druck einer breiten öffentlichen Meinung die aufgetretenen Widersprüche auch in das Parlament hineinzuzwingen vermag. Die damalige Konstellation in der CDU-FDP-Regierung, die Existenz der SPD in der parlamentarischen Opposition, haben wenigstens noch zu der freilich personalistisch beschränkten Konsequenz des Rücktritts von Franz Josef Strauß geführt. Jetzt nimmt ein großer Teil der Öffentlichkeit von vornherein gegen den Protest Stellung, verhält sich bestenfalls neutral, und nur in ganz wenigen Fällen wird von einzelnen Journalisten, die sich selbst als Teile der Opposition verstehen, noch nach den Prinzipien bürgerlicher Journalistik informiert. Ursache dafür ist nicht allein die Andersartigkeit des Objekts der Auseinandersetzung und seine politische Lokalisierung an der Hochschule, vielmehr ist mittlerweile die Gleichschaltung der Presse so weit fortgeschritten, daß kritische politische Inhalte gleichsam von selbst durchfallen. So hat die Presse zwar die Tatsache mitgeteilt, daß die Studentenschaften von ihren Verbänden zur Trauerstille und

zu Trauerfeierlichkeiten aufgerufen wurden, aber nur im ganz geringen Umfange wurde die politisch entscheidende Protesterklärung referiert, mit der dieser Aufruf begründet ist.

Im Spiegelbild der Presse erscheint der Protest gegen die Brutalität der Polizei und gegen das Versagen der Regierungsadministration nur noch am Rande. Die Erschießung von Benno Ohnesorg wird zum schicksalhaften Unglücksfall stilisiert, dem die private Trauer seiner Kommilitonen zuteil wird. Die WELT, das Kopfblatt des Springer-Konzerns, der wesentlich die Voraussetzungen mitgeschaffen hat, die zur Erschießung führten, macht sogar den Versuch, die wegen ihrer Breite und Popularität nicht zu unterdrückenden Trauerfeierlichkeiten durch umfangreichste Berichterstattung zur Absage der Studentenschaft gegen die politische Studentenopposition umzumünzen.

Ein großer Teil der Studentenbewegung hat die Durchbrechung der Demokratie durch die Konzentration und Gleichschaltung der Presse in privater Hand erkannt und die Forderung erhoben, den Springer-Konzern zu enteignen und zu demokratisieren. Angesichts der aktuellen Aussichtslosigkeit dieser Forderung, muß darüber hinaus jeder Student und jeder Studentenvertreter lernen, daß alle Angaben gegenüber dieser Presse nur als Material zur politischen Umkehrung, zur Spaltung und Verwirrung der Opposition verwertet werden.

Der überwiegende Teil der Professoren und besonders die Rektoren, haben sich zwar den Forderungen der Studenten nach Trauerruhe während des Begräbnisses für Benno Ohnesorg angeschlossen, sich dabei jedoch nur in geringer Zahl mit der politischen Begründung und den daraus sich ergebenden Forderungen solidarisiert. Bei jeder neuerlichen Verhärtung der Konflikte muß sich dies als Schwäche — wie in Berlin — erweisen, wenn es den Studenten nicht gelingt, wenigstens einen Teil der Professoren zu politischer Solidarität zu bewegen.

Die entscheidende Schwäche der Berliner Studenten hat sich dort gezeigt, wo es zum Konflikt mit dem Vorsitzenden des Berliner DGB gekommen ist. Der AstA der FU hat die Isolierung der Studenten durch eigene Information der Westberliner Betriebsbelegschaften und den Nachweis gemeinsamer Interessen von Studenten und Arbeitern zu durchbrechen versucht. Der Berliner DGB-Chef hat den Studenten das Recht abgesprochen, die Arbeiter und Angestellten zu informieren, gerade als ob diese eines politischen Vormundes bedürften und gerade als ob er Sorge hätte, die arbeitende Bevölkerung sei vielleicht doch ein potentieller Partner der Studenten. Wo die Gewerkschaften und die Professoren nicht mehr selbst über die Demokratie wachen, bleibt der gelegentliche Versuch der Studenten, selbst die arbeitenden Klassen für sich zu gewinnen, in den Anfängen stecken und kann von den herrschenden Autoritäten neutralisiert werden.

IV. Der SDS fordert die Studenten zur Solidarität mit allen auf, die gegen die wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Unterdrückungs- und Ausbeutungsformen des Kapitalismus protestieren und kämpfen.

Rauchbomben, Eier und Pudding sind die Mittel einer ohnmächtigen Rebellion. Sie entsprechen der Übermacht der allgemeinen Repression und Manipulation. Zu politischen Erfolgen kann die oppositionelle Bewegung erst in dem Maße kommen, wie sich die verschiedenen oppositionellen Bewegungen koordinieren, sich zu gemeinsamen politischen Aktionen vereinen und eine einheitliche politische Perspektive entwickeln. Imperialistische Aggressionen, Abbau der Demokratie, ökonomischer und sozialer Rückschritt haben letzten Endes alle ihre Ursachen in der Struktur einer Gesellschaft, die nicht den Interessen der Mehrheit entspricht, sondern in der die Mehrheit den Interessen einer Minderheit, die durch Besitz und Macht privilegiert ist, angepaßt wird. Die studentische Opposition muß jedes Moment politischer und sozialer Widersprüche der gesamten Kraft ihrer Kritik unterwerfen, sie muß mithelfen, den Opfern der Repressionen ihre Lage zu erklären, und so auf die Befreiung des Bewußtseins hinwirken.

Die Brutalität der Herrschenden und der Verlauf der Protestaktion zeigen, daß nur präzise, wissenschaftlich belegte Aufklärung und systematische, auf Dauer gestellte politische Aktionen, die Kraft zu schaffen vermögen, die schließlich undemokratische und unmenschliche Herrschafts- und Besitzverhältnisse überwinden könnte. Der Verlauf der Protestaktion zeigt darüberhinaus, daß der politische Protest mehr und mehr darauf verwiesen ist, sich selbst die Mittel zu schaffen, mit denen breitere Bevölkerungsgruppen informiert und aufgeklärt werden können.

In den Institutionen der Bewußtseins-Industrie werden sich, gegen deren, auf die ideologische Verdoppelung der bestehenden Verhältnisse gerichtete Struktur, kritische Organe und Einzelstimmen nur soweit halten können, wie schon die Studenten in ihrer politischen Arbeit lernen, als politische Partisanen der Opposition zu arbeiten.

In anderen sozialen Gruppen, etwa bei den Industriearbeitern — werden die Studenten für ihre Probleme nur soweit Verständnis finden, wie sie die der anderen zu ihren eigenen machen und dauernd unterstützen.

Herausgegeben vom Bundesvorstand des
Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)
6000 Frankfurt a. M., Wilhelm-Hauff-Straße 5, Telefon 77 64 22